

Krafter Zeitung.

Nr. 117.

Freitag den 25. Mai

1866.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafter 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl B. W. — Zusendungen werden franco erbeten.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Mai d. J. dem Professor und Bibliothekar an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien Johann Trost bei dem Anlasse der über sein Ansuchen erfolgten Verlegung in den bleibenden Ruhestand die volle Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vielfährigen ausgezeichneten Dienstleistung allergnädigst auszusprechen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Mai d. J. eine bei der Statthalterei in Dalmatien erledigte Statthaltereiassistentenstelle dem dortigen Statthaltersecretar Dr. Jacob B. C. v. S. allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat eine am k. k. Gymnasium zu Znaim erledigte Lehrstelle dem Supplenten am k. k. Gymnasium zu Salau Ignaz B. C. v. S. verliehen.

Auf Grund der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 wird am 1. Juni d. J. um 10 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Banco-Hause, Singerstraße, die 442. Verlosung der alten Staatsguld vorgenommen werden.

Unmittelbar hierauf wird die 11. Verlosung des Prämienanlehens vom Jahre 1864 durch Ziehung der planmäßig bestimmten Anzahl von Serien und der Gewinnnummern der in diesen Serien enthaltenen Prämien Scheine stattfinden.

Von der k. k. Direction der Staatsguld.

Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 25. Mai.

Dem gestern mitgetheilten Wiener Telegramm, Oesterreich habe auf den Congressvorschlag bis zum 21. d. noch nicht geantwortet, bemerkt das „N. Correspondenz-Bureau“: Diese Mittheilung scheint den thatsächlichen Verhältnissen wenig zu entsprechen, da Grund zur Annahme vorhanden ist, daß eine offizielle, auf den Congress bezügliche Mittheilung noch nicht eingelangt ist, somit auch eine Beantwortung desselben nicht erfolgen konnte. Auch auf die Mittheilung der „Weim. Ztg.“, daß der Pariser Congressprogramm habe in Wien und Berlin Anstoß erregt, dürfte obige Bemerkung ihre Anwendung finden. Nach einem Pariser Telegramm der „N. Fr. Pr.“ sollte die offizielle Notification des Congresses gestern von Paris abgehen.

Das „Pays“ glaubt nicht an den Erfolg der Congress-Bemühungen, nur England und Rußland dürften vielleicht einer basislosen Conferenz mit ausgesprochenem Zweck friedlicher Vermittlung zustimmen, nimmer aber den Compensationsplänen, denen in Paris nachgejagt wird. „Angenommen selbst“, sagt das „Pays“, Oesterreich, Preußen und Italien gingen auf diese Idee ein, so müßten doch von diesen drei Mächten zu große Zugeständnisse aus Liebe zum Frieden gemacht werden, als daß man zu einem glücklichen Ausgang gelangen könnte. Uebrigens hat sich auch noch keine dieser drei Mächte über ein Project ausgesprochen können, welches bis jetzt noch keiner von ihnen in regelrechter Form zugestellt worden ist. Welche Friedenshoffnungen soll man vernünftigerweise in die Anstrengungen der Diplomatie in der gegenwärtigen Sachlage und bei der gegenseitigen Situation der beteiligten und in die Frage hineingezogenen Mächte setzen, deren Stimmung und Ansprüche man kennt? Auch „La France“ hat gar keine Hoffnung. Sie sagt, heute oder morgen werde Rußlands Antwort erwartet, und dann werde man die vereinbarten Congressgrundlagen nach Berlin, Wien und Florenz schicken. Der Congress werde eventuell aus den Vertretern der sechs Mächte und des deutschen Bundes bestehen und in Paris zusammenzutreten. Aber Alles ist noch ungewiß, fügt das Blatt hinzu.

Der „Hamburger Börsenhalles“ wird aus Wien geschrieben: Die Congress-Verhandlungen seien lediglich nutzlose Ländeleien. Oesterreich verlange, daß von Venedig in seiner Weise die Rede sei, und betone, daß die Herzogthümer-Frage allein den Frieden bedrohe. Eine etwaige Compensation an der unteren Donau erscheine österreichischerseits mit Rücksicht auf Rußland als ganz unannehmbar.

Preußen und Italien sollen erklärt haben, den Krieg so lange aufzuschieben, bis der Congress als gescheitert zu betrachten sei.

Briefe der „Debatte“ aus Florenz melden, daß das italienische Cabinet den Congress als gescheitert betrachte, den Krieg für unvermeidlich und unaufschiebbar hält, und demgemäß auch seine Maßnahmen ergreift.

Der „N. A. Z.“ wird aus Florenz, 16. d., gemeldet, daß man auf dem Sprunge steht, loszubrechen. General Samarmora habe den auswärtigen Gesandten erklärt, daß die italienische Regierung, wenn sie nicht bis zum 20. d. sichere Hoffnung zu einer

friedlichen Abtretung Venedigs böte, auf keine anderen Rathschläge mehr hören würde als die, welche ihr der einstimmige Ruf der öffentlichen Meinung erteile, die dem unerträglichen Zustande der Unwissenheit ein Ende gemacht wissen wolle.

Nach Berichten aus Florenz, 18. d., ist General Covone abermals nach Berlin zurückgekehrt. Zur Beschaffung der nöthigen Pferde ist die Zwangsrequisition derselben angeordnet worden.

In Ancona worden, wie ein Triester Telegramm vom 21. d. meldet, für die Ankunft einer 40 Schiffe zählenden Flotte Vorbereitungen getroffen.

Das in Genua erscheinende „Dovere“ bringt einen Brief Mazzini's, in welchem der Krieg für Venedig, der schon längst eine Pflicht gewesen wäre, als eine Nothwendigkeit erklärt wird. Nach Mazzini muß aber der Krieg ausschließlich ein italienischer Nationalkrieg mit einem Heer von Freiwilligen sein. Mazzini will kein Bündniß mit Preußen, da Italien nicht weiter mehr die Heiligkeit seines Banners befechten und vor Europa proclamiren dürfe, daß es seine Verbündeten nur unter den Leuten suche, welche den Despotismus repräsentiren. Für die Freiwilligen will Mazzini die Freiheit von allen Bänden, die nicht in der notwendigen Einheit des Kriegsplanes liegen, Freiheit von allen Eiden, welche nach Mazzini nicht zur Sache gehören; was jetzt alleiniges Programm sein müsse, sei die Befreiung Italiens.

England ist der Pariser „Presse“ zufolge im Begriff, in Corfu ein kleines Observationsgeschwader zusammenzuziehen; welches im adriatischen Meere kreuzen soll. Frankreich wird ebenfalls Schiffe dorthin senden.

Die Resolutionen des „deutschen Abgeordneten-tages“ enthalten, und das ist der positivste Gedanke derselben, einen Protest gegen eine Einmischung des Auslandes in die schwebenden deutschen Fragen. So gar die „bewaffnete Neutralität“ der deutschen Mittel- und Kleinstaaten wurde aus dem Gesichtspunkte motivirt, dieselben hätten ihre Kraft ungeschwächt für den Fall zu erhalten, daß diese Fragen einen europäischen Charakter annehmen sollten. Der Ausdruck war nicht ganz im Sinne einer Majorität, der es darauf ankam, möglichst preußenfreundliche Beschlüsse durchzusetzen. Hätte die Majorität des Abgeordneten-tages, meint die „Wiener Abendpost“, dabei ein Vischen weniger ihre Sympathien für Preußen und ein Vischen mehr die praktisch gewordenen Thatsachen vor Augen gehabt, sie hätte ihre Verwahrung gegen die Heranziehung des Auslandes nicht verhält, sondern in allen Formen nach Berlin adressiren können. Denn in der That hat die Heranziehung des Auslandes bereits begonnen, und zwar in Berlin begonnen. Während Oesterreich sich bemüht hat, die schwebenden deutschen Fragen und diejenigen, von denen es eben allein berührt ist, sorgfältig aus einander zu halten, die deutschen Streitobjecte nicht mit seinen individuellen zu vermengen, hat Preußen keinen Anstand genommen, die Unterstützung seiner Politik bei einer fremden Macht zu suchen. Der Abschluß eines Cooperationstractates mit der Regierung des Königs Victor Emanuel wird jetzt von keiner Seite mehr geleugnet, und es ist höchstens Streit darüber, ob diese Abmachung mit einem Schutz- und Trugbündniß nicht völlig identisch ist.

Nach Berichten der „Frankfurter Postztg.“ aus Kassel gibt sich Preußen Mühe, die Neutralitätserklärung Kurhessens unter jeder Bedingung zu gewinnen. Es gehe sogar in Kassel das Gerücht, nächsten Sonnabend werde das 8. preussische Armee-corps aus Westphalen nach Kurhessen und Hannover verlegt und man glaubt, die Rheinprovinz solle von Truppen ziemlich entblößt werden.

Die Neutralitätsfrage, heißt es in einem Schreiben desselben Blattes aus Kurhessen, führt uns auf zwei geschichtliche Facta, welche beweisen, daß, ganz abgesehen von der Bundesgesetzgebung, eine Neutralität platterdings nicht anzurathen ist. Das erste ist die Neutralität in den ersten beiden Decennien des 17. Jahrhunderts unter Landgraf Moritz, welche, nach Ueberziehung der heftigsten Lande mit allerhand Kriegsvolk mit der Abbanfung des Landgrafen endete, und die zweite ist die Neutralität unter Wilhelm IX. in den Jahren 1795 bis 1801. Es war damals ein preussischer Monarch, der seine Waffen von dem Bundes deutscher Könige trennte und den Süden Deutschlands den Franzosen preisgab! Wilhelm IX. glaubte in Norddeutschland hinter der s. g. Neutralitätslinie sicher zu sein, er folgte dem Verhalten Preußens; vergebens rang Oesterreich mit den von Italien und dem Rhein ansturmenden Franzosen, die Schmach Deutschlands war der Frieden von Luneville,

der das linke Rheinufer dem Sieger überließ. — Wie so ganz ähnlich ist jetzt die Situation mit der damaligen. Preußens Politik brachte das Beh über deutsche Lande; will man etwa in Kurhessen durch Neutralitätserklärung heute einer gleichen Politik Vorhub leisten? Nimmermehr! Der Nachkomme Philipps des Großmüthigen kann nur die Ehre Deutschlands wollen, er wird, wir hoffen es zu Gott, nur dem Rufe Deutschlands und nicht dem Rufe Preußens folgen!

Die Nachricht der „Kölnischen Zeitung“, der Großfürst von Mecklenburg-Schwerin werde seine Truppen auf preussischer Seite an dem Feldzuge Theil nehmen lassen, wird vom Schweriner „Nordd. Corr.“ als grundlos bezeichnet. Im Uebrigen verlautet, daß Mecklenburg, falls der beklagenswerthe Conflict zum Ausbruch des Krieges führen sollte, vollstündige Neutralität beobachten wird. — Die aus der „Schl. Ztg.“ mitgetheilte Nachricht wegen Uebernahme eines Commandos in der preussischen Armee durch Se. k. k. den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist nach der „N. P. Z.“ ebenfalls unbegründet.

Was gegenwärtig in der Bundesfestung Kassa vorgeht, schreibt man der „N. P.“ vom Oberhein, dürfte noch nicht dagewesen sein. In der Nacht verläßt die preussische Bundesgarison, in der Regel in Abtheilungen von halben Compagnien, mit ihren Officieren die Festung; der Gouverneur (der badische Generalleutnant Seutter) weiß natürlich, daß sie abziehen; aber angezeigt ist ihm ihr Abmarsch nicht, viel weniger seine oder des Bundes Erlaubniß dazu eingeholt. — Im Nahe-Elb, unmittelbar an der Gränze der Rhein-Pfalz, stehen 20,000 Mann Preußen, ebenso zahlreich ist der Hundsrück besetzt. Man hält, sobald die Feindeligkeiten ausbrechen, in erster Reihe Mainz für bedroht.

Die Gränzverlegung bei Klingebittel scheint ein allzuwillkommener Anlaß für die preussische Regierung zu sein; trotz aller gegentheiligen Behauptungen wird der Fall wie der einer feindlichen, den Staat bedrohenden Invasion dargestellt. Wir er suchen unsere Leser ernsthaft zu bleiben, wenn sie das nachstehende Entsetzt lesen, welches den Redactionen der Breslauer Zeitungen aus diesem Anlaß zugegangen ist. „Die Verlegung der Gränze bei Klingebittel durch eine österreichische Patrouille“, so lautet das merkwürdige „Eingefandte“, „legt, so unbedeutend an und für sich es ist, doch vielen Gemüthern die Sorge nahe, ob die Sicherung der Provinz Schlesien gegen eine feindliche Invasion bereits in ausreichender Weise erfolgt ist. Wir sind in der Lage, dies durchaus bejahen zu können. Nicht nur haben die Concentrationspläne für unsere Armee stets die Sicherstellung der Provinz Schlesien, welche durch die Versammlung der österreichischen Armee in Böhmen und Mähren in erster Linie bedroht erschien, ins Auge gefaßt, sondern der oben erwähnte Vorfall hat erneute Veranlassung zu Maßregeln gegeben, welche auch die Wiederholung ähnlicher Insulten abzuwehren geeignet sind.“ Ist kein Levasseur da? „Brigadier! vous avez raison!“

Nach einem Wiener Telegramm der „Schles. Ztg.“ vom 23. d. ist die Nachricht von dem Einmarsch der Türken und Russen in den Donaufürstenthümern verfrüht.

Das „Avenir National“ meldet, Rußland habe gegen das Eintreffen des Prinzen von Hohenzollern in den Donaufürstenthümern protestirt. Gleichzeitig hören wir, daß auch die Cabinete von Wien, London und Paris in Uebereinstimmung mit den neutralen Beschlüssen der Pariser Fürstenthümer-Conferenz sich mit der Porte einverstanden erklärt haben, die Annahme der Fürstenthümer seitens des Prinzen Carl nicht anerkennen zu wollen, weil dieselbe im Widerspruch stehe mit den Verträgen, und namentlich als im Artikel 13 der Pariser Convention von 1858 vereinbarten Stipulationen verlegend.

Die „Patrie“ meldet: Der Prinz von Hohenzollern, welcher morgen in Bukarest erwartet wird, hat Düsseldorf verlassen, ohne die Ankunft der rumänischen Deputation abzuwarten, die von seinem Vater empfangen wurde. Der Prinz erreichte die Gränzen der Fürstenthümer im strengsten Incognito, indem er sich auf einem österreichischen Donaudampfer nach Eurn-Sewerin begab. In dieser Stadt wendete er sich an eine walachische Schildwache und ließ sich von ihr zum Präfecten führen, welchem er sich zu erkennen gab und sagte, daß er sich den Wünschen der Rumänen gefügt habe.

Prinz Carl von Hohenzollern hat sich, wie ein Pariser Telegramm der „N. Fr. Pr.“ meldet, auf seiner Reise nach Rumänien eines schweizerischen Passes bedient. Die Art, wie der junge Hohenzollern sich nach Rumänien schlich, schreibt die „N. Fr. Pr.“,

ist höchst charakteristisch für den ganzen Vorgang. Noch sind es keine acht Tage, daß die officielle Boire de la Roumanie eine von den Mächten der provisorischen Regierung auf telegraphischem Wege notificirte amtliche Erklärung gegen die Einsetzung eines fremden Fürsten veröffentlichte. Was also in Bukarest vorgeht, steht hiemit in flagrantem Widerspruch, und dennoch wird die Wahl des fremden Fürsten nicht nur aufrechterhalten, sondern derselbe feierlich instalirt. Dem liegt ein Geheimniß zu Grunde, zu dem uns noch der Schlüssel fehlt. Inzwischen ist ein längst erwartetes, durch diese Vorgänge wohl beschleunigtes Ereigniß eingetreten. Wie nämlich dem „N. Zmbl.“

aus Jassy unterm 22. d. gemeldet wird, rückte am Tage vorher ein combinirtes russisch-türkisches Operationscorps unter Omar Pascha und General Kopebue in die Moldau ein. Erfolgt diese Belegung im Einvernehmen und unter Zustimmung der Pariser Conferenz, um die Ausführung der Beschlüsse derselben zu sichern? Noch herrscht hierüber ein tiefes Dunkel. Aber gewiß ist, daß die russisch-türkische Occupation nun sobald nicht mehr aufhören wird. Dahin hat es die Bukarester provisorische Regierung mit ihren Künften gebracht. Die Occupation konnte vermieden werden, wenn man in Bukarest die Convention von 1858 innehielt und die Conferenzbeschlüsse geachtet wurden. Man war übrigens in den Fürstenthümern auf das Eintreten dieses Ereignisses gefaßt und sogar zum Widerstand gerüstet, scheint ihn aber im entscheidenden Momente nicht geleistet zu haben. Gregulesco ist unterdessen in Wien für die Wiedereinsetzung Cusa's thätig, aber ohne jede Aussicht auf Erfolg. — Uebrigens hatte eine Depesche des Herrn Goleco, welcher die provisorische Regierung in Constantinopel vertritt, auf das Ereigniß vorbereitet. Durch dieselbe wurde, wie wir der „S. G.“ entnehmen, die Mittheilung gemacht, daß die Cabinete von Rußland, Oesterreich, Frankreich und Großbritannien die hohe Porte ermächtigt haben, den Conferenzbeschlüssen mit Waffengewalt zur Geltung zu bringen, ja, daß die Botschafter von England und Frankreich sogar darauf dringen, daß die Türkei der Renitenz der Donaufürstenthümer ein Ende mache.

In Paris, schreibt man der „Debatte“, hat die Nachricht, daß Prinz Carl von Hohenzollern die rumänische Krone angenommen, ja, daß er sich schon auf walachischem Boden befinde, Niemand, der dem auswärtigen Amte näher stand, eigentlich überrascht. Man scheint hier darauf vorbereitet zu sein und es erweist sich als richtig, was mir ein bekannter französischer Staatsmann schon vor vier Wochen beiläufig bemerkte: „Wir haben jetzt ein Barometer, ob Krieg oder Frieden in Berlin die Parole ist; nämlich die Annahme oder Ablehnung der Hospodarenwürde durch den Prinzen von Hohenzollern.“ Heute ist jenes Drakels Sinn leicht zu lösen. Es handelte sich in Berlin darum, der österreichischen Regierung, wenn man ihr überhaupt den Krieg machen wollte, so viel Hindernisse und Unbequemlichkeiten als irgend möglich in den Weg zu legen und dazu war besonders die Occupation des rumänischen Thrones durch einen Hohenzollern-Sprossen vorzüglich geeignet. Was man daher von Berlin aus es noch so sehr in Abrede stellen, daß der Entschluß des Prinzen Carl irgendwie beeinflusst worden, man darf sicher sein, daß jene Annahme nichts als eine Folge der Rathschläge des preussischen Cabinetes ist. (Wie die „Prov.-Corr.“ zu versichern sich beeilt, ist die preussische Regierung an der unerwarteten Entschliessung des Prinzen zu Hohenzollern durchaus untheilhaft; derselbe machte erst, als er in der Walachei eingetroffen war, Mittheilungen darüber nach Berlin.)

Aus Zehran wird gemeldet, der Schah habe seine Reise nach dem kaspischen Meere bereits angetreten. Hauptzweck derselben soll eine Zusammenkunft mit dem Großfürsten Michael, Statthalter des Kaukasus, sein, der seinerseits ebenfalls schon von Tiflis aufgebrochen ist.

Ueber die Verhandlungen, die zwischen unserem auswärtigen Amte und den Gesandten Nordamerikas stattgefunden hat, wird der „N. Z.“ aus Wien geschrieben: Es sei richtig, daß Herr Motley im Auftrage seiner Regierung Vorstellungen gegen die Absetzung der Freiwilligen nach Mexico erhoben habe. Es sei ihm von Seite des Grafen Mensdorff erwidert worden, daß diese Freiwilligen keine österreichischen Truppen seien, hinter denen die Macht Oesterreichs stehe oder die im Interesse oder Auftrage Oesterreichs kämpften, sondern nur österreichische Unterthanen, die sich für einen dem österreichischen Staate fremden Zweck anwerben ließen, einer fremden Fahne schwoören und mit Oesterreich nichts weiter zu thun haben, als daß sie nach ihrer Rückkehr fortzögen, österreichische Unterthanen zu sein. Die österreichische Regierung habe nichts weiter gethan, als die erbetene

Werbung gestattet, und das soeben angeworbene Corps von 1000 Mann verstärkte nicht die in Mexico schon vorhandenen österreichischen Freischaren, sondern diene nur zur Ausfüllung der in denselben entstandenen Lücken. Diese Erklärungen hätten aber der amerikanischen Regierung nicht genügt; Herr Motley habe noch zwei- oder dreimal immer dringendere Vorstellungen gemacht; da habe sich endlich die k. k. Regierung entschlossen, bei den immer drohender gewordenen Kriegsausichten diesen Incidentsfall zu beseitigen und habe die Sistierung der Einschiffung in Triest verfügt.

Nach Berichten aus New-York ist der englische Gesandte in Chili genöthigt worden, sein Hotel zu verlassen; Niemand hat ihm ein Haus vermieten wollen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Chili hat an die chilenischen Gesandtschaften im Auslande ein Rundschreiben erlassen, worin er die Verwüstungen schildert, welche die Beschließung von Valparaiso angerichtet, und nachdrückliche Einsprüche gegen das Vorgehen Spaniens erhebt.

Krakau, 25. Mai.

Zwei Correspondenzen des „Gaz“, eine (L) aus dem Regesowischen, die andere (A) aus Lemberg beschäftigen die Formirung der Freiwilligenlegion unter Graf Kaj. Stargenst. Wenn es ein Mittel gibt, eine Stelle in mitten der Europa bis zum Grund erschütternden Ereignissen zu finden, so ist es nur mit Oesterreich und durch Oesterreich — heißt es in ersterer — der gesunde Sinn der Nation hat bereits entschieden und ohne Widerstreb die Idee einer Legion in Italien verdammt; unzweifelhaft wird auch die letzte blutig erkaufte Erfahrung doch endlich einmal entschieden heilen von der Gefühlspolitik, schlimmer noch als jene wäre die Politik der kraftlosen Vergeltung. Wenn hier und da — sagt die zweite — unter den Bürgern des Landes bis jetzt ein Schwanken in Würdigung der wahren Bedeutung und der wirklichen Tragweite der Bildung einer Freiwilligenlegion aus Einheimischen bestehen konnte, so muß es Angesichts der vom „Dien. Warz.“ ausgesprochenen Ansicht der Ueberzeugung weichen, daß die von Gr. Stargenst unternommene Bildung der Legion eine kräftige Unterstützung der Landesleute verdient. Die „Gaz. nar.“ wird aus Florenz unterrichtet, daß einzelne Individuen sich wohl anwerben lassen könnten, die polnische Emigration als solche jedoch daran unschuldig sei, und nicht ihr die Absicht einer Bildung von polnischen Legionen in Italien in die Schuhe geschoben werden könne, daß übrigens dort nur wenige Polen seien und in Frankreich, in der Schweiz daran nicht gedacht werde. Diese Stimmen polnischer Blätter in Galizien treffen mit der (wohl problematischen) Nachricht des „Wanderer“ zusammen als habe die russische Regierung in Wien Protest einlegen lassen durch ihren Gesandten Grafen Stastberg gegen die Bildung einer polnischen Legion in Galizien.

Ueber das preussisch-polnische Freiwilligen Corps wird der „Const. Destr. Bzg.“ aus Lemberg geschrieben: In Preußen scheint man sich der Idee nicht entschlagen zu können, daß die Polen im bevorstehenden Kampfe lieber gegen als für Preußen kämpfen möchten. — Um jedoch die Welt glauben zu machen, daß man der Polen sicher sei, und um gleichsam das Bilden des galizischen Freicorps, das in Preußen sehr übel vermerkt wird, zu paralisiren, ist man auf die Idee gekommen, auch ein polnisches Freicorps zu bilden. Als besonders thätig in dieser Sache erweist sich ein bankrotter polnischer Edelmann, ehemaliger preussischer Offizier und Besitzer einer Tabakie in Berlin, die jedoch als Spielhölle polizeilich gesperrt wurde. Ihm zur Seite steht ein gewisser Marcin Rzewski, alias Mendel Reif, ehemals preussischer Soldat, dann Kosak, der im Jahre 1862 in Congresspolen wegen Pferdediebstahls arretirt wurde, zur Zeit des Aufstandes aus der Haft entfloß, sich taufen ließ und in ein Infanteriecorps trat, aus dem er jedoch, da ihm wegen neuerlicher Diebstähle eine kriegerische Verurtheilung bevorstand, bald entwich, worauf er sich bis jetzt in den an Rußland gränzenden preussischen Provinzen als Pferdehändler und wie die böse Welt behauptet, als preussischer Polizeigast herumtrieb. Diese Leute streuen aus, daß bereits viele polnische Emigranten in der Schweiz, Frankreich und den Donaufürstenthümern zugesagt haben, was übrigens Niemand glaubt.

Landtagsangelegenheiten.

Die „N. Fr. Pr.“ brachte gestern ein Telegramm aus Pest, wornach in dortigen Abgeordnetenkreisen die Ueberzeugung herrsche, „daß in den nächsten Tagen weitgehende Concessionen in Ungarn im Sinne der vom Landtage gestellten Forderungen erfolgen werden; mindestens wird als positiv versichert, Postkanzler v. Majlath habe sein Verbleiben im Amte davon abhängig gemacht.“ Die „Const. Destr. Bzg.“ ist nach verlässlicher Information in der Lage, den Inhalt dieses Telegrammes als „in seinen Theilen gänzlich unbegründet zu bezeichnen.“ „Magyar Vilag“ mahnt den Landtag, seine Arbeiten aus Rücksicht für die Transleithaner, deren Verfassung suspendirt ist, wie aus Rücksicht für die eigenen Interessen zu beschleunigen, da die Regierung, falls ein Krieg ausbricht, beim besten Willen genöthigt sein könnte, den Landtag zu vertagen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Mai. Se. Majestät der Kaiser kam heute früh um halb 8 Uhr nach Wien, empfing um 9 Uhr Vormittags die Minister Grafen Mensdorff und Belcredi, Ritter v. Franc und Freiherr v. Wüllerstorff, und später die Generale FML. Ritter von

Benedek, Freiherr v. Genikstein und Fürst Edmund Schwarzenberg.

Se. Majestät der Kaiser haben dem Wiener Unterstützungsverein für entlassene Sträflinge einen Beitrag von 400 fl. und dem Kreuzerverein zur Unterstützung der Wiener Gewerbeleute (für das Jahr 1866) 200 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

Königin Olga von Württemberg, welche auf ihrer Rückreise von Petersburg nach Stuttgart den Weg über Wien nimmt und am 26. d. Abends hier eintrifft, wird auf a. h. Wunsch ihr Absteigequartier in der Hofburg nehmen.

Aus Prag, 22. d., wird gemeldet: Se. Majestät der Kaiser Ferdinand ist um halb 2 Uhr Nachmittags im besten Wohlbefinden in Fürth eingetroffen. Um 4 Uhr Nachmittags erfolgte die Abfahrt nach Regensburg. — Die Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin Maria Anna ist auf morgen halb 9 Uhr festgesetzt. Der „B. f. L. u. B.“ meldet: Den neuesten Nachrichten zufolge werden Se. Majestät Kaiser Ferdinand am 26. d. Abends in Innsbruck eintreffen, während Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna bereits am 25. Morgens im strengsten Incognito dastelbst anzukommen gedenken. — Diese Nachricht scheint auf einem Irrthum zu beruhen.

Samstag Morgens werden sich Ihre k. Hoheiten Erzherzog Wilhelm nach Olmütz und Erzherzog Carl Ludwig nach Innsbruck begeben.

Fürst Paul Esterhazy ist in Regensburg seiner langwierigen Krankheit erlegen. Seine Leiche wird morgen mit dem Dampfschiffe hier eintreffen. Der Leichnam wird hierauf in der Augustiner Hospitalkirche feierlich eingesegnet und dann zur Beisetzung in die Familiengruft mittelst Bahn nach Eisenstadt gebracht werden.

Die Anwerbung von Freiwilligen wird in der Alferaserne ununterbrochen fortgesetzt und die Erfolge derselben sind sehr bedeutend. In dem Hofraume der Kaiserne waren gestern Vormittags weit über tausend Menschen versammelt und die Mehrzahl davon waren junge Männer, die sich zur Anwerbung förmlich drängten. Aus dem Theresianum treten über 20 Böglinge, welchen die Stützungsplätze reservirt bleiben, in die Armee. Die gestern im Schönborn'schen Palais begonnenen Werbungen für das Tiroler Scharfschützen Corps fanden sehr lebhaftes Theilnahme und es haben sich zur Affentirung über 200 Mann gemeldet. Auch das Scharfschützen Corps des Herrn v. Comini, welches aus in Wien lebenden Tirolern gebildet werden soll, hat trotz der Hindernisse, die sich ihm entgegenstellten, dennoch Aussicht in's Leben zu treten. Der Bau des befestigten Lagers zwischen dem Bismarck und Stadlau wurde gestern bereits in Angriff genommen.

Aus Brünn, 22. Mai, meldet ein Telegramm der „N. Fr. Pr.“: In der heutigen Sitzung des Gemeindevorstandes beantragte der Bürgermeister Skene, 10.000 fl. zu Armeezwecken während der Kriegsdauer zu verwenden, zu dem Zwecke ein Comité einzusetzen, das weitere Sammlungen veranstalten soll, was angenommen wird. — Am Schluß der Sitzung erklärt Bürgermeister Skene seinen definitiven Rücktritt; die Versammlung drückt ihm den Dank durch Erheben von den eigenen. Seine Abschiedsrede politischer Inhalts fand lebhaften Beifall. Früher beantragte Skene, an Dr. Giska das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, was unter lebhafter Zustimmung angenommen wurde; Giska dankte der Versammlung und dem Bürgermeister unter lebhaftem Beifalle.

In Olmütz hat der dortige Fürst-Erzbischof das Anerbieten gestellt, im Falle eines Krieges und für dessen Dauer in dem Gebäude des Raben-Seminars zu Kremsier ein Spital für 100 bis 120 Verwundete herrichten und für deren Unterhalt und Verpflegung aus eigenen Mitteln sorgen zu wollen.

In Troppau hat der dortige Bürgermeister einen auch von uns reproduirten Aufruf zu patriotischen Beiträgen erlassen. Die „Silesia“, indem sie von diesem Aufruf Notiz nimmt, macht dabei folgenden Vorschlag zur Güte: „Zur Zeit des Ausbruchs des Krieges in Schleswig-Holstein constituirte sich hier in Troppau ein Comité, welches eine Sammlung einleitete und eine nicht unbedeutende Summe zusammenbrachte, für welche bis jetzt keine Verwendung gefunden wurde. Jenes Comité könnte seine Thätigkeit gewiß am besten damit beenden, wenn die damals erzielte und derzeit als Depositum in einer hiesigen Vereinskasse erliegende Barchaft nun dem Bürgermeisteramt zur Verwendung für patriotische Zwecke übergeben würde. Hiemit wären gewiß Alle einverstanden, welche für Schleswig-Holstein einen Beitrag leisteten.“ Der Vorschlag dürfte auch auf andere Städte noch anwendbar sein.

Die Deputation der Prager Stadt-Repräsentanz, welche dem Kaiser die Localitäts-Adresse überreichen soll, ist am 22. d. nach Wien abgereist.

Die Stadtgemeinde Pilsen richtet eine ehrfurchtsvolle Ergebenheitsadresse an Se. Majestät den Kaiser. Der Saazer Bürgermeister Hahmann hat im Namen der Stadt Saaz um die Bewilligung angefordert, ein Freiwilligen Corps aus Saaz und dem Saazer Kreise errichten zu dürfen. Das Anerbieten wurde von Sr. Majestät dem Kaiser angenommen. Dem geselligen Turnverein „Sokol“ in Pilsen wurde die Abhaltung einer Versammlung wegen Bildung eines Freiwilligen Corps als statutenwidrig untersagt.

In Hermannstadt wird die Errichtung eines sächsischen Freicorps beabsichtigt. Es heißt, daß die Abgeordneten Morfcher und Drotless im Verein mit dem Magistrat dazu die Vorsehrungen treffen werden.

Die Verlegung der königgräzer Kreisbehörde nach Chrudim ist beschlossen. Eine preussische Cavallerie-Abtheilung ist bis zu dem preussischen Gränzstädtchen Lewin, eine Stunde von Nachod entfernt, vorgeschoben worden.

Dem Pester „Lloyd“ zufolge hat Se. Majestät die straffreie Rückkehr des in London weilenden politischen Flüchtlings, des Benedictiner-Priesters Hyacinthus Ronay, zu bewilligen und die Aufhebung der gegen denselben verhängten Vermögens-Sequestration anzuordnen geruht.

Nach Berichten der „N. fr. Pr.“ aus Agram vom 22. Mai hätten die Magistrate von Fiume und Buccari den Auftrag erhalten, im Falle einer feindlichen Invasion das städtische Vermögen an die Landes-Hauptkasse nach Agram abzulenden.

Die Arbeiten an der Fregatte „Novara“ werden binnen vier Wochen vollendet sein.

Deutschland.

In der Bundestagsitzung vom 19. d. gab der österreichische Gesandte bezüglich des von den Mittelstaaten eingebrachten Antrages folgende Erklärung ab:

„Der Gesandte darf schon heute die Ueberzeugung aussprechen, daß seine a. h. Regierung den vorliegenden Antrag im Geiste der bundestreuen und friedliebenden Gesinnungen aufnehmen wird, welchen der Gesandte im Kreise dieser hohen Versammlung wiederholt Ausdruck zu geben hatte. Je aufrichtiger die kaiserliche Regierung allen Bestrebungen, welche auf Erhaltung des Friedens gerichtet sind, ihren Beifall und ihre Mitwirkung widmet, umso mehr muß sie und mit ihr alle jene, welche dem vorliegenden Antrage Erfolg wünschen, Werth darauf legen, daß die Grundgesetze des Bundes die oberste Norm für die gegenseitigen Beziehungen der Bundesregierungen untereinander wie zum Bundes bleiben. Sicherem Vernehmen nach werden zwischen der königlich preussischen und der königlich hannoverschen Regierung Verhandlungen gepflogen, welche zur Folge haben könnten, daß die Befolgung der Bundesbeschlüsse, namentlich solcher, die auf Grund des Art. XI der Bundesacte und Art. XIX Wiener Schlußacte gefaßt würden, nicht unter allen Umständen gesichert wäre. Der kaiserliche Präsidialhof hält es für seine Pflicht, hierauf rechtzeitig die Aufmerksamkeit der hohen Bundesversammlung zu lenken und hat den Gesandten beauftragt zu erklären, daß es den Verhältnissen und dem Ernst der Lage entsprechen dürfte, wenn den betheiligten Regierungen die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen würde, daß dieselben nicht Verbindlichkeiten eingehen werden, welche den aus dem Bundesgesetze entpringenden Verpflichtungen widersprechen. Indem der Gesandte die Hoffnungen der Betheiligten hohen Regierungen zur Folge haben wird, muß er für den gegenseitigen Fall seiner a. h. Regierung Anträge in dieser Richtung vorbehalten.“

Der von Seiten der Niederlande am 19. d. gestellte Antrag: „es möge der hohen Bundesversammlung gefallen, den Bundesbeschluß vom 5. September 1839 wegen Aufnahme des Herzogthums Limburg in den deutschen Bund wieder aufzuheben, bez. den Austritt des Herzogthums Limburg aus dem Bundesverhältnisse zu genehmigen“, wurde im Wesentlichen, wie folgt, motivirt: Es wurde zuerst auf die Verhältnisse Bezug genommen, welche es dem König Wilhelm I. der Niederlande zur Nothwendigkeit machten, im Jahre 1839 auch für das jetzige Herzogthum Limburg mit Ausnahme der niederländischen Festungen Mastricht und Venlo dem deutschen Bunde beizutreten (Bundesbeschluß vom 5. September 1839). Der damalige Vorbehalt, daß Limburg unter dieselbe Verfassung und Verwaltung mit den Niederlanden gestellt wurde, habe zwar zu keinerlei Unzulänglichkeiten mit dem Bunde geführt, aber eben so wenig eine Annäherung Limburgs an Deutschland bewirkt. Der Anschluß an dieses sei unfreiwillig und im Gegensatz der beiderseitigen Sprache, Bildung, Sitten und Verhältnisse geblieben, daher werde die Lösung sowohl von dem Herzogthum, wie von den Bewohnern der Niederlande, auf welche schließlich doch die Lasten des Bundes-Verhältnisses zurückfielen, gewünscht. Die geographische Lage der Festungen Mastricht und Venlo, rings vom deutschen Bundesgebiet umschlossen, provocire Conflicte zwischen Niederland und Deutschland. In dem ersteren, nicht in dem letzteren, liege der Schwerpunkt aller Interessen Limburgs, welches nicht einmal, gleich Luxemburg, eine eigene, vom Hauptland getrennte Verfassung und Verwaltung habe. Diese Gleichartigkeit aller Zustände mit dem Hauptland irritire die Stellung zum Bunde. Die freiwillige Lösung des unfreiwilligen Bundes sei mithin für beide Theile zweckmäßig und ehrenvoll. Zumal in einer Zeit, wo der Bund deutsche Provinzen von der Verbindung mit dem dänischen Staat befreit habe, werde er umgekehrt sein Ohr nicht dem Wunsch einer Entlassung des nichtdeutschen Herzogthumes aus dem Bundesverhältnis verschließen. Verleugere die Niederländische Regierung den Anschlagesantrag. Dabei verwahrt sich übrigens Luxemburg den ganzen Umfang seiner Rechte als Bundes-Mitglied, falls der Austritt Limburgs aus dem Bunde genehmigt würde. Ueber die geschäftliche Behandlung dieses Limburgischen Antrags wird ebenfalls nächsten Donnerstag abgemittelt.

Auch der Rendsburger schleswig-holsteinische Verein folgte der Parole: die Bildung des Bundes-Contingents zu fordern, erweiterte jedoch den Antrag dahin, auf Organisirung der gesammten holsteinischen Wehrkraft zu dringen. Ferner faßte der Verein folgende Resolution: „Das schleswig-holsteinische Volk muß verlangen, daß die gesammte Wehrkraft des Landes in einem zu reorganisirenden schleswig-holsteinischen Heere vereinigt werde, um an der Seite Oesterreichs und der bundestreuen deutschen Staaten zu kämpfen für die Einheit und Freiheit Deutschlands und unser Landesrecht, unter der Voraussetzung, daß Oesterreich und der Bund unser Landesrecht anerkennen.“

Aus Holstein, 17. Mai, wird der „D. A. B.“ geschrieben: Während Preußen den Reservisten der Brigade Kalik den Durchmarsch durch sein Gebiet verweigert hat, dauert der Durchzug der Preußen durch

unser Herzogthum fort. Fast täglich gehen von Altona nach Rendsburg Extrazüge, welche die preussischen Verstärkungen nordwärts führen. Die in Schleswig liegenden Preußen sind den in unserm Herzogthum stehenden Oesterreichern denn auch bereits in das Dreifache überlegen.

Aus Hamburg, 22. Mai, meldet ein Telegramm der „Const. Destr. Bzg.“: Gestern kamen per Extrazug von Berlin 1600 Mann preussischer Truppen hier an, welche, nachdem sie am hiesigen Bahnhofe Erfrischungen erhielten, mit der Verbindungsbahn nach Altona und von dort weiter nach Norden befördert wurden. Für heute sind abermals Extrazüge mit preussischen Truppen anvisirt.

In der badischen zweiten Kammer kommt nächstens die deutsche Frage zur Verhandlung. Freiherr v. Roggenbach hat eine Interpellation angekündigt. Wie es heißt, wird Freiherr v. Edelsheim dieselbe in geheimer Sitzung beantworten.

Aus München wurde gestern berichtet, daß endlich der erwartete Armee-Befehl erschienen ist. Die Zahl der neuverordneten Stabs- und Oberofficiere beträgt 1018, wovon 411 Unterofficiere. In kürzester Frist soll ein zweiter, umfassender Armeebefehl erscheinen, welcher die Ernennungen in der Generalität und der Regiments-Commandanten enthalten werde. Feldmarschall Prinz Carl wird das Commando über die bayerische Armee übernehmen mit v. d. Tann als Generalstabschef. Prinz Adalbert, bisher ohne Commando in der Linie, wird mit der Armee ausmarschiren.

Die „D. A. B.“ schreibt: Die auswärtigen Zeitungen werden von ihren sächsischen Correspondenten so reichlich mit allerhand Wunderdingen gespeist, daß man fast glauben möchte, die „Bassermann'schen Geschichten“ lebten in dieser bedrängten Zeit bei uns auf, natürlich nur für die spezifischen Zwecke dieser Neuigkeitsträger um jeden Preis. Ohne Zweifel gebührt dem Correspondenten der „Nordd. Allg. Bzg.“ die Priorität unter diesen modernen Münchhäusern. Doch lesen wir z. B. auch in der „Allg. Bzg.“, daß in Dresden das Thor des königlichen Schlosses, welches Sommer und Winter als Durchgang dem Publicum offen stehe, seit geschlossen sei, und daß man durch die Fenster des Grünen Gewölbes nur in ausgedehnte Schränke und Gestelle blicke. Nun ist allerdings richtig, daß die Passage durch den königlichen Schloßhof, wie auch auf dem Platz zwischen der Hofkirche und dem Schlosse gesperrt ist, aber lediglich deshalb, weil behufs der Reparatur am Dache des Schloßthums Gerüste angebracht werden. Bezüglich des Grünen Gewölbes ist zu berichten, daß bis zur jetzigen Stunde dasselbe ununterbrochen dem Besuche des Publicums offen steht. Ferner bringen einige Zeitungen Berichte aus Sachsen, denen zufolge Pionierdetachements nach Lobau, Baugen, Meissen, Riesa, Chemnitz und Leipzig gesendet seien, um die Sprengung der Brücken vorzubereiten, wenn die Preußen einrücken. Die Ueberbrückungen werden Tag und Nacht bewacht, um einem Putsch der Preußen gegen die Telegraphen- und Bahnbeamten vorzubeugen. Der Einmarsch der Preußen sei auf den 20. Mai festgesetzt. An alledem ist nichts Wahres.

Nach Berichten aus Berlin verlautet gerüchtele, der König habe am 22. Mai, ein schon seit längerem vorbereitetes Manifest unterzeichnet. — Von officieller Seite wird versichert, daß der Garde-Commandeur Prinz Württemberg im preussischen Dienste bleibe.

Man will wissen — schreibt man aus Berlin — der König sei sehr erstaunt und noch viel mehr erregt aus Veranlassung der ihm wenigstens nicht vollständig zu verheimlichenden Nachrichten über die Unlust der einberufenen Soldaten, ohne alle Noth in einem Bürgerkrieg zu kämpfen. Die Stimmung der bereits unter den Fahnen stehenden Landwehr wird sich auch schwerlich jetzt verbessern, wo diese Leute furchtbar zusammengedrängt in schlechten Quartieren und unter den mannigfachen Entbehrungen sich vorerst ganz zwecklos hingerhalten sehen. Eine Abtheilung preussischer Truppen, welche letzten Mittwoch durch Altona kamen, um nach Schleswig zu gehen, hat Berichten aus Hamburg zufolge ihrer Abneigung gegen den deutschen Bürgerkrieg durch Fraternalisiren mit den Oesterreichern Ausdruck gegeben.

Die Redactionen der Berliner Journale sind aufgefordert worden, sich aller militärischen Mittheilungen, die unter nachfolgende fünf Kategorien eingereiht werden können, zu enthalten: 1. Ueber Abmarsch, Durchmarsch oder Ankunft von Truppentheilen, Colonnen, Stäben und höheren Officieren; 2. über Formationen, namentlich so weit dieselben Zusammenziehung von Armeen und Corps betreffen, ebenso über die Zusammenziehung von Landwehrruppen und Formation ihrer Regimenter, Brigaden und Divisionen; 3. über Stellenbesetzung in der Armee hinab bis zu den Regimentern; über Anlagen von Magazinen und die fortificatorischen Arbeiten; 5. über Eisenbahn-Transporte.

Der k. preussische Landrath Salice Contessa hat dem in Stanislaw zusammentretenden Kreistage folgende nachträgliche Vorlage gemacht: „Bei der Befürchtung von Einfällen der in Oesterreich gebildeten Freicorps in von Militär unbefestigten Theilen der Provinz hat Se. Maj. der König die Formirung der beiden Landwehr-Cavallerie-Regimenter und je einer Compagnie zweiten Aufgebots des 13. schlesischen Landwehrrégiments anzuordnen geruht. Die Bewaffnung derselben ist vollständig vorhanden, wogegen die Bekleidung voraussichtlich höchst mangelhaft sein wird. Der commandirende General der Provinz wendet sich an den Patriotismus der Herren Stände, damit dieselben die erforderlichen Geldmittel zur Bekleidung der zu formirenden Compagnien bewilligen. Die Kreisversammlung wolle daher beschließen, zu diesem Zwecke

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Boczek.
Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten
vom 23. auf den 24. Mai.
Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Graf Przędziński
Carl aus Wien, Brzozowski Ignaz aus Lemberg und Górski
aus Galizien.

Kundmachung.

(517. 1)

In dem in Nr. 89, 90, 92 des Amtsblattes zur k. k. Wiener Zeitung publicirten Erkenntnisse des k. k. Landesgerichtes in Venedig als Preßgerichtes, soll der Titel der zuerst (sub 1) wegen Vergehens nach § 516 St. G. als verboten angeführten Druckschrift lauten, wie folgt:

1. „Nuovissima composizione sopra una povera serva, che si trova perseguitata dai ratti, corre tremante dal suo padrone. Venezia 1866. Tipografia M. Fontana.“

3. 9106. Edict. (520. 1-3)

Vom Krafauer k. k. Landesgericht wird das am 6. Juni 1865 Z. 10962 über das Vermögen des Johann Gurniak, Zuckerfabrikbesitzer in Pisarzowice eingeleitete Ausgleichsverfahren in Folge rechtskräftigen Vergleiches vom 22. Februar und 3. März 1866 aufgehoben.

Krafau, am 15. Mai 1866.

3. 23074. Kundmachung. (518. 1)

An den oösterreichischen k. k. Gymnasien kommen mehrere philologische Lehrerstellen, mit welchen ein Gehalt jährlicher 735 fl. ö. W. mit dem Rechte der Vorrückung in die höhere Gehaltsstufe jährlicher 840 fl. ö. W. und dem ständigen Anspruch auf Decennal-Zulagen verbunden ist, zur Besetzung.

Für diese Stellen wird die Befähigung zum Lehramte der classischen Philologie nach den Bestimmungen des Prüfungs-Gesetzes für das Gymnasial-Lehramt (§ 5, Punct 1, litt. a oder e) erfordert.

Zur Besetzung dieser Lehrerstellen wird der Concurs bis 20. Juni l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre an das hohe k. k. Staats-Ministerium gerichteten Gesuche innerhalb der Concursfrist bei der galizischen k. k. Statthalterei unmittelbar, oder wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, mittelst der vorgesetzten Behörde unter Nachweisung ihrer Studien, sowie der erlangten Lehrbefähigung und der Kenntniz der Landessprachen zu überreichen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 7. Mai 1866.

ad Nr. 1508. Wiederruf. (519. 1-3)

Die unterm 12. Mai 1866 Z. 1003 ausgeschriebene executive Heilsetzung der Realität Nr. 128 et 206 in Baranów auf den 29. Mai 1866 und 19. Juni 1866 wird hiemit sistirt.

K. k. Bezirks-Gericht.

Mielec, den 22. Mai 1866.

3. 12154. Kundmachung. (516. 1)

In Gemäßheit des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft vom 17. März 1866 Z. 2170, wird in Betreff der aus Staatsmitteln bewilligten Pferdezüchtpremien und Subvention für die Haltung guter Privatbesitzer für die drei Jahre 1867 bis einschließlich 1869 festgesetzt werden;

giltig für die ganze Monarchie mit Ausnahme des lombardisch-venezianischen Königreiches und Dalmatiens.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschlieung ddo. Ofen, den 3. Februar 1866 allergnädigst zu genehmigen geruht, daß zur Hebung der Pferdezücht, und zwar insbesondere, um die Pferdezüchter im Kleinen zur sorgfältigen Züchtung, Pflege und Schonung ihrer Pferde anzumuntern und die Gewinnung eines zur Hebung und Verbesserung der Landespferdezücht vollkommen tauglichen Zuchtmaterials an guten Mutterstuten und Zuchtstuten zu erzielen, die bisher auf Grund der Allerhöchsten Entschlieung vom 9. Februar 1860 **) bis Ende des Jahres 1865 sistirt gewesen und mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 8. October 1865 auch für das Jahr 1866 für Pferdezüchtpremien und Medaillen bewilligten Beträge von jährlich 2750 Stück Ducaten auf die Dauer der drei Jahre, von 1867 bis einschließlich 1869 auf jährlich 3600 Stück Ducaten erhöht und außerdem für die Haltung guter Privatbesitzer für die drei Jahre 1867 bis einschließlich 1869 jährlich 1600 Stück Ducaten gegen ordnungsmäßige Einstellung des diesbezüglichen Gesamtbetrages von jährlich 5200 Stück Ducaten in den betreffenden Staatsvoranschlägen — unter nachfolgenden näheren Bestimmungen aus Staatsmitteln verabsolgt werden:

I. In Betreff der Zuchtprämien und Medaillen für Mutterstuten mit Saugfohlen und für dreijährige Stuten.

§ 1. Von dem hiefür bewilligten Betrage jährlicher 3600 Ducaten wird der Betrag von jährlich 100 Ducaten zur Anschaffung der erforderlichen Anzahl von silbernen Medaillen, für gute Zucht und Pflege der Pferde in Abzug gebracht und werden solche Medaillen, wie bisher, auch künftighin nebst den Prämien nach den in der Verordnung vom 18. Februar 1860 N. G. Bl. Nr. 47 enthaltenen Bestimmungen zur Vertheilung gelangen.

§ 2. Die für die Vertheilung der sonach noch erübrigenden Zuchtprämien für Mutterstuten mit Saugfohlen und für dreijährige Stuten im Betrage von jährlich

3500 Ducaten festgesetzte Zahl der Concursstationen, so wie die Anzahl und die Höhe dieser Prämien in den einzelnen Ländern enthält das nachstehende Verzeichniß:

der in den einzelnen Ländern jährlich zur Vertheilung gelangenden Prämien für Mutterstuten mit Saugfohlen und dreijährigen Stuten.

Nr.	Zahl der Concursstationen jedes Jahr	Kronland	a. für Mutterstuten mit Saugfohlen		b. für dreijährige Stuten		Summa der Ducaten
			3. d. Preise	4. Ducaten	3. d. Preise	4. Ducaten	
1	2	Nieder-Oesterreich	2	12	2	10	142
2	2	Ober-Oesterreich	4	8	4	6	142
3	2	Salzburg	2	12	2	10	142
4	2	Tirol u. Vorarlberg	2	8	4	6	90
5	2	Steiermark	2	12	2	10	142
6	2	Kärnten	2	10	2	8	116
7	1	Krain	1	10	1	8	65
8	1	Küstenland	2	7	2	6	65
9	10	Ungarn	10	15	10	7	840
10	2	Croatien und Slavonien	2	10	2	8	150
11	6	Böhmen	6	12	6	10	378
12	3	Mähren	3	12	3	10	213
13	1	Schlesien	2	8	2	6	71
14	8	Galizien und Krafau	8	12	8	10	464
15	2	Bukowina	2	10	2	8	128
16	4	Siebenbürgen	4	12	4	10	352
50			284	—	292	—	3500

Bezüglich der in den einzelnen Ländern als Concursstationen zu bestimmenden Orte und des allfälligen Turnus derselben, wird die Verlautbarung nachträglich erfolgen.

§ 3. Im Uebrigen bleiben für die Vertheilung der Zuchtprämien und Medaillen für Mutterstuten mit Saugfohlen und für dreijährige Stuten, die mit der Verordnung des k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft vom 27. April 1857, N. G. Bl. Nr. 85 fundgemachten Bestimmungen mit den durch die Verordnung vom 6. März 1862, N. G. Bl. Nr. 20 eingeführten Änderungen auch fortan in Kraft.

Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Bestimmungen des § 10 der obigen Verordnung vom Jahre 1857, betreffend die Zusammenlegung der Zuchtprämien-Vertheilungskommission; jedoch mit dem Zusage, daß die k. k. politische Landesbehörde bezüglich der Bestellung der im § 10, Punct 1, erwähnten zwei sachkundigen Vertrauensmänner die Vorschläge der betreffenden Landwirtschafts-Gesellschaft oder des Pferdezüchtereis, wenn ein solcher im Lande besteht, einzuholen und entsprechend zu berücksichtigen habe.

II. In Betreff der Subventionen für die Haltung guter Privatbesitzer.

§ 1. Die Subventionen für die Haltung guter Privatbesitzer haben zunächst den Zweck, die Aufzucht und Haltung von zur Fortpflanzung und Erhaltung der in den einzelnen Ländern bestehenden Niedererren geeigneten Privatstuten zu fördern, um sohin in die Merarialbesitzer nach und nach vermindern oder ganz aufheben zu können.

§ 2. Zu dem Ende werden solche Subventionen vertheilt, welche in jenen Ländern vertheilt, in welchen die ararischen Beschäftigungen bereits eingezogen oder reducirt worden sind und auch das Material zur Anzucht tauglicher Zuchtstuten sich wenigstens theilweise schon dormalen vorfindet, so daß erwartet werden darf, daß dasselbe in Folge der zu erzielenden Vermehrung der Privatstuten die dormalen noch dahingestellten Merarialbesitzer künftig werden weiter reducirt werden können.

§ 3. Hiernach werden von den für solche Subventionen bewilligten Gesamtbeträge jährlicher 1600 Stück Ducaten, welche in Beträgen von je 30 und 20 Ducaten für jeden zu subventionirenden Hengst ausgelegt werden, vorläufig

für Ungarn 400

für Siebenbürgen 200

für Croatien, Slavonien 100

für die übrigen Länder — zusammen 900

Stück Ducaten bestimmt.

§ 4. Von den für die deutsch-slavischen Länder bestimmten 900 Stück Ducaten werden vorläufig nachstehende Subventionen ausgelegt:

		Zusammen
	Duc.	
1. für Ober-Oesterreich	{ 3 Subv. à 30 Duc. } 150	
2. für Salzburg	{ 3 „ à 20 „ } 150	
3. für Steiermark	{ 3 „ à 30 „ } 150	
4. für Kärnten	{ 3 „ à 20 „ } 150	
5. für Böhmen	{ 4 „ à 30 „ } 200	
6. für Bukowina	{ 2 „ à 30 „ } 100	

§ 5. Diese Subventionen werden zuerkannt den Besitzern von Hengsten, welche das vierte Lebensjahr vollendet haben, bis zum vollendeten achten Jahre, welche ferner gut gepflegt, gesund und kräftig sind und die Eigenschaften eines guten Zuchtstutes überhaupt, und insbesondere für den Zuchtstutenschatz der betreffenden Gegend besitzen, und von denen durch ein Zeugniß der betreffenden k. k. Bezirksbehörde nachgewiesen ist, daß der bezügliche Hengst in der letztabgelaufenen Beschälperiode auf Grund der vorchriftsmäßig erlangten Beschällicenz zum Belegen der Landbestuten mit gutem Erfolge verwendet wurde.

§ 6. Ein mit einer Subvention theilhabender Privatbesitzer ist von der weiteren Concurrenz um solche Subventionen innerhalb des obbezeichneten Alters nicht ausgeschlossen.

§ 7. In Betreff der Tage und der Orte, resp. Concursstationen, in welchen die Subventionen für die Haltung guter Privatbesitzer zur Vertheilung zu gelangen haben, so wie die Commissionen, welche über die Preiswürdigkeit der concurrenden Privatstuten zu entscheiden und die Subventionen zuererkennen haben, wird die Verlautbarung nachfolgen.

§ 8. Im Uebrigen haben die für die Vertheilung der Zuchtprämien für Mutterstuten mit Saugfohlen und für dreijährige Stuten bestimmten Bestimmungen auch für die Vertheilung der Subventionen für die Haltung guter Privatbesitzer zu gelten.

Wallerstorff mp.

Frank mp.

L. 6823. Edykt. (484. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Franciszka Foltanickiego, Franciszke z Foltanickich Józefowiczową, Antoniego Rottermunda, Kazimierza Rottermunda, Maryannę z Rottermundów Krzyżanowską, Teklę z Rottermundów Stoczynską, Wojciecha Foltanickiego, Teklę z Foltanickich Imo Orzechowską 2do Wroniewską, że przeciw nim pp. Józef Zagórski, Antonina Bogdani, Anna Zagórska, Magdalena Raczyńska i Franciszek Raczyński o prawo własności 1/4 części dóbr Zawadki z przyległ. dnia 7 kwietnia 1866 do l. 6823 wniosli pozew, w załatwieniu którego to pozwu audyencya sądowa na dzień 19 czerwca 1866 o godz. 10 rano wyznaczona została.

Gdy miejsce pobytu pozwanych jest nieznane, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak równe na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego adwokata kraj. Dra. Koczyńskiego, dodaje mu zastępcę adw. Dra. Koreckiego kuratorem nieobecných ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwany, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniesił, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wnikle z zaniebdania skutki sami sobie przypisaczy musiel.

Kraków, dnia 17 kwietnia 1866.

N. 2401. E d y k t. (480. 1-3)

Jan Grossmann wniósł pozew naprzeciw spadkobiercom Józefa Kołodziejskiego, a mianowicie przeciw Maryi Podolskiej, Franciszkowi Ksaweremu Kołodziejskiemu, Annie Grzesickiej, Tekli Siemek, Wincentemu Kołodziejskiemu i Maryi Mirowskiej o zapłcenie sumy 992 zł. 93 kr. w. a.

Naznaczając termin do dalszej rozprawy na dzień 13 czerwca 1866 o godzinie 9 przed południem i o tem nieznaną z miejsca pobytu pozwaną Annę Grzesicką ustanawiając dla niej adwokata krajowego Dra. Micewskiego z substytucją adwokata krajowego Dra. Bersona za kuratora z tem zezwaniem zawiadamia, aby udzielił ustanowionemu dla niej kuratorowi dowodów, lub też innego pełnomocnika Sądowi przedstawia, inaczej sobie sama szkodliwe skutki przypisać będzie musiała.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, dnia 23 kwietnia 1866.

3. 5831. Edict. (495. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß im Sinne des § 81 der G. D. über das gesamte wo immer befindliche bewegliche, dann das in den Kronländern, für welche das k. k. Patent vom 20. November 1852 Nr. 251 N. G. B. Wirksamkeit hat, gelegene unbewegliche Vermögen des Chaim Kleinhandler der Concurs eröffnet und die förmliche Verhandlung eingeleitet, Hr. Advocat Dr. Stojakowski mit Substitution des Hrn. Adv. Dr. Kaczkowski zum Concurs-Mass-Verwalter und provisorischen Vermögens-Verwalter ernannt, der Termin zur Anmeldung der Forderungen bis 31. Juli 1866, die Tagung aber zur Wahl eines definitiven Vermögens-Verwalters und des Creditoren-Ausschusses auf den 3. August 1866, 4 Uhr Nachmittags hiergerichts bestimmt wurde.

Wovon die Parteien und die gerichtsbekannten Gläubiger, Letztere mit dem Beifügen verständigt werden, daß sie sich behufs Einvernehmen über die Wahl des definitiven Vermögens-Verwalters und des Gläubiger-Ausschusses bei der oben festgesetzten Tagung bei Vermeidung der im § 95 G. D. auf das Ausbleiben ausgedrückten Rechtsfolgen hiergerichts einzufinden haben.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 21. April 1866.

3. 6403. Edict. (493. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird hiemit gemäß § 81 der G. D. über das gesamte wo immer befindliche bewegliche, dann das in jenen Kronländern, für welche das k. k. Patent vom 20. November 1852 Nr. 251 N. G. B. Wirksamkeit hat, gelegene unbewegliche Vermögen des Leiser Wald der Concurs eröffnet, die förmliche Verhandlung eingeleitet, der Advocat Dr. Hoborski mit Substitution des Advocaten Dr. Grabczyński zum Concurs-Mass-Verwalter und gleichzeitig zum provisorischen Concurs-Mass-Verwalter ernannt, der Termin zur Anmeldung der Forderungen bis 27. Juli 1866 und die Tagung zur Wahl eines definitiven Vermögens-Verwalters und des Creditoren-Ausschusses auf den 30. Juli 1866, 4 Uhr Nachmittags bestimmt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreis-Gerichtes.

Tarnow, am 26. April 1866.

geleitet, Hr. Advocat Dr. Stojakowski mit Substitution des Hrn. Adv. Dr. Kaczkowski zum Concurs-Mass-Verwalter und provisorischen Vermögens-Verwalter ernannt, der Termin zur Anmeldung der Forderungen bis 31. Juli 1866, die Tagung aber zur Wahl eines definitiven Vermögens-Verwalters und des Creditoren-Ausschusses auf den 3. August 1866, 4 Uhr Nachmittags hiergerichts bestimmt wurde.

Wovon die Parteien und die gerichtsbekannten Gläubiger, Letztere mit dem Beifügen verständigt werden, daß sie sich behufs Einvernehmen über die Wahl des definitiven Vermögens-Verwalters und des Gläubiger-Ausschusses bei der oben festgesetzten Tagung bei Vermeidung der im § 95 G. D. auf das Ausbleiben ausgedrückten Rechtsfolgen hiergerichts einzufinden haben.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 21. April 1866.

3. 6403. Edict. (493. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird hiemit gemäß § 81 der G. D. über das gesamte wo immer befindliche bewegliche, dann das in jenen Kronländern, für welche das k. k. Patent vom 20. November 1852 Nr. 251 N. G. B. Wirksamkeit hat, gelegene unbewegliche Vermögen des Leiser Wald der Concurs eröffnet, die förmliche Verhandlung eingeleitet, der Advocat Dr. Hoborski mit Substitution des Advocaten Dr. Grabczyński zum Concurs-Mass-Verwalter und gleichzeitig zum provisorischen Concurs-Mass-Verwalter ernannt, der Termin zur Anmeldung der Forderungen bis 27. Juli 1866 und die Tagung zur Wahl eines definitiven Vermögens-Verwalters und des Creditoren-Ausschusses auf den 30. Juli 1866, 4 Uhr Nachmittags bestimmt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreis-Gerichtes.

Tarnow, am 26. April 1866.

Wiener Börse-Bericht

vom 22. Mai.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

3. d. R. zu 5% für 100 fl. 48.50 48.75

Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. 61.— 61.50

mit Zinsen vom Jänner — Juli 60.50 61.—

Metalliques zu 5% für 100 fl. 53.25 53.75

„ 4 1/2% für 100 fl. 45.75 46.—

mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. 126.— 127.—

„ 1854 für 100 fl. 68.50 69.—

„ 1860 für 100 fl. 78.— 78.50

Prämienheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. 59.— 59.20

zu 50 fl. — —

Commo-Rentenheine zu 42 L. austr. 12.0 13.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl. 80.— 81.—

von Mähren zu 5% für 100 fl. 75.— —

von Schlesien zu 5% für 100 fl. 87.— —

von Steiermark zu 5% für 100 fl. 81.— —

von Tirol zu 5% für 100 fl. 95.— 95.—

von Krain u. Kär. zu 5% für 100 fl. 82.— 86.—

von Ungarn zu 5% für 100 fl. 59.25 60.25

von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. 58.— 59.—

von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. 84.— —

von Galizien zu 5% für 100 fl. 57.— 58.—

von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. 55.75 56.25

von Bukowina zu 5% für 100 fl. 56.— 57.—

Actien (pr. St.)

der Nationalbank 657.— 659.—

der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W. 126.30 126.50

der Niederöst. Comptoir-Gesell. zu 500 fl. ö. W. 519.— 521.—

der k. k. Nordbahn zu 1000 fl. G. W. 1450. 1455.

der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G. W. 151.90 152.10

der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr. ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. über 500 fl. 155.— 156.—

der k. k. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. G. W. 100.— 150.—

der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. G. W. 151.— 151.50

der Lemberg-Gzernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 65% Eing. 91.— 92.—

der priv. böhmischen Eisenbahn zu 200 fl. ö. W. 121.50 122.50

der Süd-nord. Verb.-B. zu 200 fl. G. W. 80.50 81.—

der Theiss zu 200 fl. G. W. mit 140 fl. (70%) Eing. 147.— 147.—

der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. G. W. 412.— 415.—

des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. G. W. 130.— 135.—

der Wiener Dampfwahl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W. 350.— 370.—

der Ofen-Becker Kettenbrücke in 500 fl. G. W. — 310.—

W a n d e r b r e i t e

der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl. 104.50 115.—

auf G. W. 1 verlosbar zu 5% für 100 fl. 85.— 85.25

auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 81.50 82.—

Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl. 83.— 65.—

W a n d e r b r e i t e

der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W. 98.50 99.—

Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. G. W. 75.— —

Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. G. W. 108.— —

zu 50 fl. G. W. 47.— —

Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W. 22.— —

Gheraz zu 40 fl. G. W. 60.— —

Salz zu 40 fl. 25.— —